



Rund 150 städtische Mitarbeiter haben am Donnerstag auf der Stechbahn mit einer „aktiven Mittagspause“ gegen Stellenabbau und Betriebsausgliederungen bei der Stadt Celle demonstriert.



Aus Angst um Jobs auf die Straße

Furcht vor Privatisierung und Stellenkürzungen: Städtische Mitarbeiter proben den Streik

CELLE. Den Mitarbeitern der Stadt Celle schwang wenig Gutes – besonders nicht, seitdem die Rats-CDU jetzt erneut auf eine „strikte Stellenbewirtschaftung“ und Einsparungen bei den Personalkosten gedrängt hat. Außerdem stehen Ausgliederungen städtische Betriebe auf der Agenda der Politik. „Wir sollen jetzt die Fehlbedarfe ausbaden, die die Politik beschlossen hat – das kann's nicht sein“, sagte gestern der städtische Personalarbeitsrats-Vorsitzende Ralf Piening, der rund 1000 kommunale Mitarbeiter vertritt, bei der „Aktiven Mittagspause“ der Gewerkschaft Verdi auf der Celler Stechbahn.

Allein die von der CDU geforderte Deckelung der städti-

Sie wollen sich nicht zu „Sparschweinen“ der Stadt machen lassen. Rund 150 städtische Mitarbeiter haben am Donnerstag auf der Stechbahn mit einer „aktiven Mittagspause“ gegen Stellenabbau und Betriebsausgliederungen bei der Stadt Celle demonstriert.

schon Personalkosten auf 50 Millionen Euro jährlich werde 60 Arbeitsplätze kosten, so Piening. Mit solch pauschalen Spar-Forderungen mache es sich die Politik zu einfach: „Wer sparen will, soll auch sagen wo. Und er muss dann Beispiel auch erklären, warum wir unbedingt einen neuen Stadtbaurat brauchen.“ Mit dieser hoch dotierten Stellenausschreibung streiche man indirekt andere Stellen,

so die Befürchtung.

Verdi-Sekretär Lars Stubbe verwies darauf, dass die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGS) aktuell die Führungskräfte der Stadt Celle nach Einsparpotenzialen in den bestehenden Dienstleistungen und danach, welche Dienstleistungen ihrer Meinung nach überhaupt in öffentlicher Hand verbleiben sollen, befrage: „Wir sehen darin

eine weitere Bedrohung von Arbeitsplätzen und die Gefahr zunehmender Arbeitsverdichtung in bestehenden Diensten.“ Der Abbau von Arbeitsplätzen in den Kommunen habe bereits besorgniserregende Ausmaße angenommen. Im internationalen Industrieländer-Vergleich der Beschäftigungsquoten im öffentlichen Dienst nehme Deutschland einen der untersten Ränge ein.

„Die Dienstleistungen werden vielfach von schlecht entlohnten Beschäftigten erbracht. Dies belastet die Kommunen zusätzlich, müssen sie doch die Aufstockung der Löhne und Gehälter finanzieren. Außerdem führt diese Niedriglohnentwicklung zu

Mindereinnahmen der Beschäftigten und damit zu Konsumeinahmehineinbußen der lokalen Ökonomie“, so Stubbe. Nur eine Stadt mit professionellen Dienstleistungen sei für Bürger und Wirtschaft attraktiv. Nur, wenn die Beschäftigten gute Arbeitsbedingungen hätten und über eine angemessene Entlohnung verfügen, könnten Dienstleistungen professionell erbracht werden: „Verdi wird sich einer weiteren Auslagerung von Dienstleistungen entgegenstellen.“

Auch Piening betonte, dass die Politik dabei sei, die „Schraube zu überdrehen“: Hände weg von unseren Arbeitsplätzen-wir beißen!“

Michael Ende